

Die Basisgruppen-Politik an der Universität Hamburg

Die Basisgruppen entstanden Ende 1968 in Rahmen der Auseinandersetzung um die Reform der Universität Hamburg.

Von den Massenaktionen.....

Während sich die Hochschulreformpolitik, der bis Ende 1968 den ASTA beherrschenden Studierendenverbänden (SHB, RCDS) auf die Mitbestimmung in den Hochschulgremien konzentrierte, verfolgte der SDS eine basisdemokratische Politik auch in der Hochschulpolitik.

„Die außeruniversitären Aktionen wie Vietnamkrieg, Schah Besuch, Ohnesorg-Erschießung, Dutschke-Mord, Springer-Kampagne hatten die Mobilisierung und Politisierung der Studenten über ihren Arbeitsplatz hinaus ermöglicht.“ (1) Diese Mobilisierung wurden vom SDS und von linken SHB Mitgliedern auch für die inneruniversitären Auseinandersetzungen genutzt.

Mit einer Kette von Aktionen, begonnen mit dem Wissmannsturz, „Provokation auf der Rektoratsfeier (Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren) und der Sprengung der Wenke-Vorlesung, Kirchenaktion gegen Thielicke u.a. wurde auch die Kritik an den Wissenschaftsinhalten und Lehr- und Lernmethoden an die Basis, in die Fachinstitute getragen. Es folgten Podiumsdiskussionen, Vollversammlungen, Teach-ins, Rektoratsbesetzung usw.

Die Aktionen und Demonstrationen wurden auf **Vollversammlungen** diskutiert und beschlossen. Das Studentenparlament spielte hierbei eine untergeordnete Rolle.

Diese politischen Massenmobilisierungen begannen nach der Ermordung des Studenten Ohnesorg Anfang Juni 1967 und erreichten nach dem Attentat auf Dutschke und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze im April/Mai 1968 ihren ersten Höhepunkt.

.....zu den Basisgruppen

Auf der Ebene der Fachschaften/Institute sollte nach dieser Phase in Anknüpfung an die KU (Kritische Universität) (2) von 1967/68 eine neue KU durchgesetzt werden. ‚Ausgehend von der Kritik am fachspezifischen, positivistischen Wissenschaftsbegriff ist die Kritik und Analyse der gesellschaftlichen Reproduktion **der fachspezifischen Wissenschaften - die gesellschaftliche Funktion der Berufspraxis** - zu erstellen‘. Dieses sollte in neuen, kollektiven Formen der Wissens-Vermittlung erfolgen. In Instituten und Seminaren seien Störungen, Umfunktionalisierungen, Gegenseminar wirksame Mittel.“ (3)

Auf einem Bundesseminar im September 1968 zur Hochschulpolitik des SDS in Heidelberg, wurde diese Politik unter dem Begriff der Basisgruppen-Politik (3) ausführlich diskutiert. Es ging hierbei aber nicht nur darum, die Wissenschaftskritik an die Basis zu tragen, sondern auch dem Anspruch auf Emanzipation durch Selbstorganisation der mobilisierten Studierenden eine organisatorische Perspektive zu geben. Durch die mobilisierenden Aktionen waren massenhaft Studierende politisiert worden, die in den traditionellen Formen der Studierendenvereine nicht mehr zu organisieren waren. (4)

Die Selbstorganisation in Basisgruppen an den Instituten war als eine Möglichkeit zur Lösung dieses Problems gedacht. Es entstand eine Doppelstrategie/-organisation: die repräsentativen Organe der Studentenschaft (Studentenparlament/ASTA) sollte über ein „Linkskartell“ der Studierendenvereine (SDS, HSU, SHB, LSD) erobert werden und die Masse der politisierten Studierenden konnten an der Basis, in ihrem jeweilige Fach hochschulpolitisch aktiv werden. (5)

Die schon mit der KU 1967 entstanden autonomen Arbeitskreise an einzelnen Instituten wandelten sich in Basisgruppen um. Neue entstanden, besonders nach der, vom „Linkskartell“ ASTA gewonnenen Wahl zum Studentenparlament im Januar 1969.

Nach Verabschiedung der Universitätsgesetzes im Frühjahr 1969 blühten die Basisgruppen als Antwort auf diese „Reform“ auf. Über die Basisgruppen sollte eine Reform von unten durchgesetzt werden (inhaltliche Kritik an Lehre und Forschung, Veränderung des Prüfungssystems, Abschaffung des NC, direkte Mitsprache bei der Besetzung der Lehrstühle u.a.). Der Weg über die neuen Institutionen (Konzil, Fachbereichs- und Institutsräte) dauerte zu lange und verwässerte die notwendigen Veränderungen.

Die Erwartungen an die Basisgruppen waren hoch;

- Zusammensein mit anderen Studierenden, keine hierarchische Struktur mehr, Dialog statt Monolog; breitere und tiefere Facharbeit durch viele Mitarbeitende; Wegfall des Leistungsdrucks; frei Sprechen lernen in kleiner Gruppe (Befragungsergebnisse in der BG Germanistik 15.4.69 (Basisgruppe..., HIS-Archiv)

In der realen Arbeit und Organisation der Basisgruppen tauchten sehr bald die ersten Probleme auf:

- Die geforderten kollektiven Arbeitsformen ließen sich nicht so schnell herstellen (ungleicher Wissensstand, unzuverlässige Mitarbeit, fortbestehendes Konkurrenzverhalten, entstehen neuer hierarchischer Strukturen u.a.) führten oft zu Frust in den Basisgruppen.
- Die starke Konzentration auf fachspezifische Inhalte der Arbeit und Trennung zur hochschulpolitischen Arbeit war für viele Mitglieder in den Basisgruppen unbefriedigend (Befragungsergebnisse...a.a.O.)

Um den Austausch von Erfahrungen, den Zustand und die Arbeitsperspektiven der Basisgruppen zu ermöglichen, organisierte der ASTA Basisgruppenversammlungen. Die Vielzahl und Heterogenität der Basisgruppen erschwerte es, eine gemeinsame Perspektive für die Basisgruppenpolitik zu entwickeln. Viele Basisgruppen arbeiten nur wissenschaftskritisch in ihrem Fach, bzw. zu speziellen fachlichen Themen, andere versuchten auch fächerübergreifend wissenschaftliche zu arbeiten oder sich hochschulpolitisch und sogar sich außeruniversitär politisch zu engagieren. Sie gründeten „Projektbereiche“, die die Möglichkeit untersuchen sollten wie man im Rahmen der Berufsperspektiven nach dem Studium „kritisch“, bzw. „revolutionär“ tätig zu werden könne (s. Chronik, S. 143 f., und Fußnote 4).

Basisgruppen als Scharnier zur ML-Bewegung

Ende 1969 im Zusammenhang mit den sog. „Septemberstreiks“ fanden einerseits marxistisch-leninistischen Theorien aus den 20er Jahren und andererseits die „Stamokaptheorie“ der DKP immer mehr Anhänger, von denen sich auch viele Mitglieder der Basisgruppen angesprochen fühlten. Diese Theorien wurden in die Basisgruppen hineingetragen und erhöhten die Diversität dieser Gruppen und bestimmte oft die politische Ausrichtung der Basisgruppenpolitik. (s. Chronik, S. 146 ff.). Die Einbeziehung der marxistischen Politischen Ökonomie und ihrer wissenschaftstheoretischen/methodologischen Auffassungen, erst als Kritik an den bürgerlichen Wissenschaften, dann als Alternative und von vielen endgültig als die wahre Wissenschaft anerkannt, erleichterte den voluntaristischen Schritt vieler Politisierter der 68er Bewegung in die sog. K-Gruppen. Damit hatte die Idee der Selbstorganisation der politisierten „Massen“ in Basisgruppen das Feld für den Übergang in das marxistisch-leninistische Zirkelwesen und des

am „realen Sozialismus“ orientierten MSB Spartakus mit vorbereitet bereitet (s. hierzu auch den Beitrag zur „Basisgruppe Soz/Pol“)

Allerdings folgten nicht alle, wahrscheinlich sogar ein wesentlicher Teil dieser Orientierung nicht. Sie verfolgten weiter das Ziel einer „kritischen“ Wissenschaft, die einer gesellschaftsverändernde Berufspraxis dienen sollte; als Lehrer, Wissenschaftler (Hochschulen/Forschungsinstituten), Verbandsfunktionär (Gewerkschaften) und Mitglied in den bestehenden Parteien.

Trotzdem: Die Basisgruppen und der „Linkskartell“ ASTA blieben bis Ende 1970 Träger der Hochschulpolitik in Hamburg.

-
- (1) Die Radikaldemokratische Hochschulpolitik in Hamburg, SDS-Korrespondenz 10/11-68 (s.a. Unsere „Chronik der Hamburger 68er Bewegung 1966 – 1971, S. 96 f.)
 - (2) Die Kritische Universität (KU) von 1967/68 wurde auf der VV vom 17.9.67 beschlossen. Es wurden Seminare und Veranstaltungen als Gegenprogramm zu den offiziellen Veranstaltungen der Universität angeboten. Sie hatte meist allgemeine und fächerübergreifende Themen zum Inhalt wie: Kritische Philosophie und studentische Bewußtseinsbildung, Kritische Theorie der Gesellschaft, Grundgesetz und Gesellschaftskritik, bzw. befassten sich mit den Lehrinhalten von Professoren (Fritz Fischer, Helmut Thielicke, Karl Schiller u.a.).
Der Anspruch war: „...anhand von Einzelanalysen Materialien zur Diskussion der etablierten wissenschaftlichen Grundhaltungen erarbeiten und anstelle der geläufigen Wissenschaftsideologien Alternativen einer kritischen Reflexion der herrschenden Verhältnisse vorbereiten“. (ASTA der Uni-Hamburg: Vorlesungsprogramm der KU SS 1968, HIS-Archiv). Nach anfänglichem Interesse flaute es stark ab, da die Themen zu allgemein und die angekündigten alternativen Lehr- und Lernformen nicht realisiert werden konnten.
 - (3) Der Begriff Basisgruppe wurde in der BRD unterschiedlich genutzt. In Berlin waren die Basisgruppen Stadtteilgruppen, in der sich Studierenden, Bürger, Arbeiter usw. organisierten und politische Arbeit im Betrieb oder Wohngebiet machten. An einigen Universitäten, wie Heidelberg, wurde der Begriff „Fachbasisgruppe“ benutzt, wenn sie ausschließlich an der Uni arbeiteten. In Hamburg wurden die Gruppen an den Instituten Basisgruppen genannt und die sich auch fächerübergreifend/außeruniversitär in „Projektbereiche“; wie z.B. der „Projektbereich Produktion“ oder „Projektbereich Sozialisation“ zusammenschlossen.
 - (4) Vgl. „Basisarbeit SDS Hamburg“, Materialien zur Hochschulpolitik, HIS – SDS Karton
 - (5) ebd.

Autor: Arwed Milz